

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

	<i>Fachbereich/Referat</i> Fachbereich 61	<i>Nummer</i> 9014/13
zur Anfrage Nr. 2171/13 d. Frau/Herrn/Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2013	Datum 15.04.2013	
	Genehmigung	
Überschrift Landesprogramm 2013 für den Städtebau – Anteil der Stadt Braunschweig	Dezernenten Dez. III	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 23.04.2013	

Am 03.04.2013 gab die neue niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) in einer Pressemitteilung die aktuellen Zahlen zum Städtebauförderungsprogramm 2013 bekannt (siehe dazu <http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/114082.html>). Das Landesprogramm 2013 für den Städtebau beträgt demzufolge rund 106 Millionen Euro, zusammengesetzt aus Bundes- und Landesmitteln (62,7 Mio. €), dem Eigenanteil der Gemeinden (31,4 Mio. €) und zweckgebundenen Einnahmen (11,5 Mio. €). Die Fördermittel von Land und Bund werden für fünf Programme mit unterschiedlichen Zielen eingesetzt: „Stadtumbau West“ (20,4 Mio. €), „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (18,9 Mio. €), „Städtebaulicher Denkmalschutz“ (8,1 Mio. €), „Kleinere Städte und Gemeinden“ (7,9 Mio. €) und „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ (7,5 Mio. €).

Die Stadt Braunschweig erhält im laufenden Förderjahr 2013 Landes- und Bundesmittel aus den Programmen „Stadtumbau West“ (für die Weststadt) und „Soziale Stadt“ (für das Westliche Ringgebiet). Auffällig ist zum einen, dass Braunschweig keine Landes- und Bundesmittel aus den anderen beiden potentiell in Frage kommenden Fördertöpfen („Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“) erhält. Zum anderen sind die Fördersummen für Braunschweig aus den Programmen „Stadtumbau West“ (438.000 €) und „Soziale Stadt“ (300.000 €) im Vergleich zu anderen Kommunen relativ gering.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Erklärung hat die Verwaltung dafür, dass andere Kommunen bei den Landes- und Bundesmitteln aus den Fördertöpfen „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ zum Teil deutlich besser abschneiden als die Stadt Braunschweig?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, den Anteil der Stadt Braunschweig an den Landes- und Bundesmitteln aus den Fördertöpfen „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ nennenswert zu erhöhen?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Erfolgsaussichten einer Bewerbung der Stadt Braunschweig um Landes- und Bundesmittel aus den Fördertöpfen „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ oder „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ein?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Braunschweig ist im Jahr 2001 in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und 2007 in das Programm „Stadtumbau West“ aufgenommen worden. Für die Förderkulisse „Soziale Stadt“ wurden durch die Bauministerkonferenz weder im vergangenen noch im aktuellen Jahr nennenswert aufgestockt.

Am 4. März 2013 hat eine Vertretung des Nds. Sozialministeriums auf Anregung der Bauverwaltung die Städtebaufördergebiete in Braunschweig besichtigt. Die Erfolge der Sanierung konnten anhand der durchgeführten Maßnahmen dargestellt werden. Durch die Vorstellung und Erläuterung der noch nicht finanzierten wichtigen Maßnahmen konnte der weiterhin bestehende hohe Bedarf an Fördermitteln, insbesondere im Sanierungsgebiet „Soziale Stadt – Westliches Ringgebiet“, vermittelt werden.

Bei den im Folgenden genannten Förderbeträgen handelt es sich um die Zuschüsse von Bund und Land, hinzu kommt der Eigenanteil der Stadt.

Dies vorausgeschickt, beantwortet die Verwaltung die Anfrage wie folgt:

1. Für das Fördergebiet „**Stadtumbau West, Teilbereich Ilmweg**“ mit einem Gesamtfördervolumen i.H.v. 2,53 Mio. € (2/3) wurden für das Programmjahr bis 2012 insgesamt **2.011.000 €** und 2013 die beantragten Mittel (in Höhe von 438.000 €) wie in den vergangenen Jahren in voller Höhe bewilligt.

Für das Fördergebiet „**Soziale Stadt**“ wurden bisher Fördermittel in der Höhe von **9.415.548 €** bewilligt. Hinzu kommen die EU- Fördermittel im Bereich Westbahnhof in der Höhe von 1,9 Mio. €. Für das Programmjahr 2013 wurde eine höhere Mittelzuweisung angemeldet. Aufgrund der jedoch nach wie vor abgesenkten Mittel für das Programm (rd. 7,5 Mio. € Bundes- und Länderanteil in 2013 für Niedersachsen) und der langjährigen Förderung ist eine höhere Förderrate nicht zu erwarten gewesen. Die Stadt Braunschweig hat, verglichen mit anderen Kommunen, mit 300.000 € eine mittlere Förderrate bekommen. Nach Auskunft des Landes werden in der Regel neu ins Programm genommene bzw. auszufördernde Maßnahmen höher gefördert, insofern ist die Förderrate in mittlerer Höhe nachvollziehbar.

Aufgrund der zusätzlichen Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen in der Höhe von ca. 430.000 € im Jahr 2012 und voraussichtlich 350.000 € im Jahr 2013 können die Investitionen im „Soziale Stadt“-Gebiet dennoch auf einem hohen Niveau gehalten werden. So wurden im Jahr 2012 im Bereich Soziale Stadt insgesamt rd. 3,51 Mio € (inkl. EU-Fördermittel) bereitgestellt. Für das Jahr 2013 stehen für Investitionen rd. 2,74 Mio. € (inkl. EU-Fördermittel) zur Verfügung; damit können wichtige Projekte zusätzlich umgesetzt werden.

2. Da die jährlichen Mittelzuweisungen für das Fördergebiet „Stadtumbau West“ dem Programmplan und somit dem Finanzaufwand für die geplanten Maßnahmen entspricht, wird in diesem Programm kein weiterer Handlungsbedarf gesehen. Alle Maßnahmen können wie vorgesehen umgesetzt werden.

Für das Fördergebiet „Soziale Stadt“ wird die Bauverwaltung, wie aktuell geschehen, den vorhandenen Bedarf deutlich gegenüber dem Land artikulieren und damit versuchen, in den Folgejahren höhere Beträge zu erhalten.

3. Die Verwaltung bereitet für das Programmjahr 2014 für Teile des historischen Magniviertels erneut eine Anmeldung zur Programmaufnahme in den „Städtebaulichen Denkmalschutz“ zum Juni 2013 vor. Eine Beschlussvorlage wird der Rat hierzu in seiner Sitzung am 30. Mai 2013 erhalten.

Eine Teilnahme an dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ist im Einzelfall geprüft worden, bisher aber nicht als zielführend angesehen worden. Die Voraussetzung hierfür wären zunächst vorbereitende Untersuchungen für das betroffene Stadtgebiet. Nachfolgeprojekte für die „Soziale Stadt“ werden von der Verwaltung geprüft.

I. V.

gez.

Leuer

Es gilt das gesprochene Wort.